

## Parlamentarischer Vorstoss

2022/270

---

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	<b>Solarpanels auf ÖV-Haltestellen</b>
Urheber/in:	Désirée Jaun
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Abt, Bammatter, Candreia, Cucè, Hänggi, Jansen, Kaufmann Urs, Kirchmayr Jan, Koller, Locher, Maag, Mikeler, Noack, Roth, Schürch, Strüby, Winter, Wyss
Eingereicht am:	5. Mai 2022
Dringlichkeit:	—

---

Wie im Energieplanungsbericht 2022 als eine der Stossrichtungen festgehalten, soll die Nutzung der Solarenergie forciert werden und dies insbesondere an Gebäuden. Der Regierungsrat möchte den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen anstreben und legt Ausbauziele fest, die auch zur Erreichung des Netto-Null-Zieles bis 2050 beitragen sollen. Dafür muss jede Möglichkeit, die dazu beitragen kann, geprüft und jedes Potenzial auch tatsächlich ausgeschöpft werden. So auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Es muss laufend geprüft werden, mit welchen Massnahmen die Fahrzeuge sowie die Infrastruktur energieeffizienter eingesetzt werden können.

An einer Vielzahl von Bus- und Tramhaltestellen entsteht ein Energiebedarf für die Beleuchtung, den Betrieb von Billettautomaten oder die Anzeigetafel der elektronisch betriebenen dynamischen Fahrgastinformation (DFI). Bei neu erstellten Haltestellen werden oftmals normierte Bauten verwendet, die zu einem grossen Teil aus Glasflächen bestehen. Gemäss dem aktuellen Stand der Technik können auch Glasflächen mit Photovoltaik-Elementen ausgestattet werden, die Strom erzeugen, der für den Betrieb der elektronischen Gerätschaften einer Haltestelle verwendet werden kann.

**Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen und berichten, wie die Infrastruktur der ÖV-Haltestellen energieeffizienter gestaltet werden kann. Er soll insbesondere darlegen, wie die Verwendung von Photovoltaik-Elementen dazu beitragen kann, wo diese sinnvoll eingesetzt werden können und mit welchen Kosten zu rechnen wäre. Dabei sind die verschiedenen Besitzverhältnisse (Bund, Kanton, Gemeinde, Dritte) zu berücksichtigen, kooperative Lösungen anzustreben und geeignete politische Instrumente anzuwenden (kantonale Vorgaben, Anpassung von Eignerstrategien u.a.m.).**

---